Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 70 Pfg. Reklamezeile 1.— Mk.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10, bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 7,00 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 7,75 Mk und durch den Briefträger Mk. Einzel-Nummer 25 Pfg.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 122 | Sonnabend, den 15. Oktober 1921. | 60. Jahrgang

Die letzte Woche.

Was Franzosen und Polen im Obersten Rat der Entente nicht erreichen konnten, das hat ihnen jetzt der „neutrale" Völkerbundsrat in den Schoß geworfen: Das oberschlesische Industriegebiet soll zerrissen, große Teile von ihm mit den fast rein deutschen Städten Kattowitz und Königshütte den Polen überantwortet und somit das ganze blühende Industriegebiet dem sicheren wirtschaftlichen Niedergang geweiht werden. Eine Teilung des Industriegebietes bedeutet dasselbe wie der Raub des ganzen Gebiets, es wird zerrissen und arbeits- und produktionsunfähig gemacht, es ist für Deutschland, für sich selbst und auch für Polen verloren.

*

Ein geringer Hoffnungsschimmer besteht noch: das letzte Wort hat der Oberste Rat zu sprechen. Aber ist von ihm mehr für uns zu erwarten als von dem „neutralen" Völkerbund? Die Reichsregierung hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, um England zu veranlassen, den Standpunkt, den es früher in der oberschlesischen Frage eingenommen hat, auch der Entscheidung des Völkerbundes gegenüber durchzusetzen. Aber bis jetzt hat man ihr in London die kalte Schulter gezeigt. . . .

*

Anfang dieser Woche wurde das Wiesbadener Abkommen zwischen Rathenau und Loucheur abgeschlossen. Deutschland hat gewisse Vorteile aus ihm, indem ein Teil unserer Zahlungen an Frankreich statt in Gold, das wir nicht haben, in Waren geliefert wird, ein Vorteil, dessen Wert noch stark angezweifelt wird und sich erst im Laufe der Jahre zeigen muß. In Frankreich zeigte man sich erfreut, man bekam statt des ziemlich sicheren Nichts wertvolle Sachwerte. Aber Italien und England fühlten sich vor den Kopf gestoßen. Mit unangenehmen Gefühlen sieht man jenseits des Kanals und jenseits der Alpen eine Zusammenarbeit der deutschen und französischen Industrie sich anbahnen, von der man — ob mit Recht oder Unrecht sei dahingestellt — besorgt, daß sich aus ihr eine deutsch-französische Wirtschaftshegemonie über den europäischen Kontinent entwickeln könnte. Diese Stimmung in London und Rom war uns bekannt. Ob es unter diesen Umständen richtig war, gerade in diesen Tagen, da die Entscheidung über Oberschlesien fallen mußte, das Abkommen abzuschließen, das gerade den beiden Ententemächten, die in der oberschlesischen Frage auf unserer Seite standen, unerwünscht war? Die Franzosen jedenfalls wußten sicher, warum sie den Abschluß der Wiesbadener Besprechungen beschleunigten.

*

Mit dem Raube Oberschlesiens sind wir innerpolitisch vor eine völlig veränderte Lage gestellt. Ohne Oberschlesien ist die Politik der Erfüllung unmöglich, das hat der Reichskanzler Wirth oft und deutlich genug gesagt, und er wird hieraus die Konsequenzen ziehen. Nimmt man uns Oberschlesien, so fällt auch die geplante Industrieanleihe ins Wasser, man reißt einen der stärksten Wirbel aus dem Rückgrat der deutschen Wirtschaft heraus, und es wird zweifelhaft, ob sie sich dann noch ohne fremde Stütze wird aufrecht erhalten können. Wer der jetzigen Regierung auch folgen mag, keine wird die Unterstützung des deutschen Volkes erhalten, das auch jetzt noch kein anderes Ziel seiner Politik kennt, als den guten Willen zur restlosen Erfüllung zu zeigen. Wir sehen, wie man uns diesen guten Willen lohnt. Man erkennt ihn mit Worten an, setzt aber die feindseligen Handlungen gegen uns fort. Es gibt nur noch ein einziges Ziel für uns, auf das Volk und Regierung mit allen Mitteln hinarbeiten müssen, und erreichen wir das nicht, so gehen wir zugrunde, und mit uns der ganze europäische Kontinent. Und dieses Ziel lautet: die Revision des Versailler Vertrages.

M.

Rücktrittsdrohung Wirths.

Eine Erklärung des Reichskanzlers.

Ueber das Ergebnis der letzten Kabinettssitzungen wird folgende amtliche Erklärung verbreitet:

Im Reichskabinett gab der Reichskanzler Dr. Wirth der allgemeinen Erregung darüber Ausdruck, daß der Völkerbundsrat in Genf, soweit sich aus unwidersprochenen Nachrichten entnehmen lasse, über das oberschlesische Gebiet in einer Weise verfügt hat, welche weder der durch die Abstimmung klar zutage getretenen Willenskundgebung der oberschlesischen Bevölkerung, noch den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes entspricht.

Treffen diese Nachrichten zu und fällt der Oberste Rat eine so geartete Entscheidung, so werden deutsche Städte mit allem, was in ihnen an Arbeitswerten und Kulturgütern von deutschem Fleiß und deutschem Geist geschaffen worden ist, vom Reiche getrennt und unter Fremdherrschaft gestellt. Diese Losreißung würde nicht nur von der Mehrheit der Bevölkerung Oberschlesiens, sondern auch vom gesamten deutschen Volk als Vergewaltigung und bitteres Unrecht empfunden werden. Nicht friedliche Entwicklung, sondern unablässige Beunruhigungen und Zwistigkeiten würden die Folge sein; dem deutschen Wirtschaftskörper würde eine unheilbare Wunde geschlagen werden.

Falls die Entscheidung so fällt, wie zu befürchten ist, so ist eine neue Lage geschaffen, welche die Voraussetzungen einschneidend beeinträchtigt, unter denen die gegenwärtige Regierung die Geschäfte des Reiches übernommen und geführt hat.

Eine abschließende Entscheidung wird das Kabinett erst dann treffen können, wenn der Spruch des Obersten Rates amtlich vorliegt.

Der Reichskanzler stellte dies als einmütige Auffassung des gesamten Kabinetts fest.

Damit ist ein Rücktritt des Kabinetts Wirth offiziell angekündigt für den Fall, daß sich die ungünstigen Nachrichten über den Entscheid des Völkerbundsrats durch die amtliche Mitteilung des Obersten Rates, die die Reichsregierung selbstverständlich abwarten muß, bestätigen.

Inoffiziell werden jetzt in Berlin weitere Verhandlungen mit den Parteien über den gesamten Fragenkomplex, der hierdurch aufgeworfen worden ist, gepflogen. Es ist möglich, daß dem sofort nach Bekanntwerden der offiziellen Entscheidung zusammenzuberufenden Reichstag der endgültige Beschluß über den Rücktritt der Regierung überlassen werden wird. Jedenfalls haben sich die Vertreter der Regierungsparteien und die Minister dafür erklärt, daß auch im Falle einer Demission der Reichskanzlerposten doch wieder Herrn Dr. Wirth übertragen werden soll.

*

Einberufung des Reichstags gefordert.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat in einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten diesen dringend ersucht, sofort den Reichstag zu einer Sitzung mit der Tagesordnung „Oberschlesien" einzuberufen. Es erscheine unumgänglich notwendig, daß die Vertretung des deutschen Volkes noch in letzter Stunde die bevorstehende Entscheidung über Oberschlesien zu beeinflussen sucht.

Ein Rechtfertigungsversuch.

Der Völkerbundsrat sucht seine Entscheidung zu „begründen".

Der Völkerbundsrat hat am Mittwoch in mehreren Sitzungen seine Ansicht endgültig festgelegt und diese Entscheidung noch am selben Abend Briand durch besonderen Boten zugehen lassen. Der Botschafterrat beschäftigte sich bereits dieser Tage mit dem Gutachten des Völkerbundsrates, es ist aber wahrscheinlich, daß zur endgültigen Beschlußfassung der Oberste Rat selbst zusammentreten wird. Nach englischen Blättern soll diese Zusammenkunft in 8 bis 10 Tagen in London selbst stattfinden.

Der Inhalt des Gutachtens wird immer noch streng geheim gehalten, es sind nur zwei Exemplare von ihm angefertigt worden, wovon einer Briand zugegangen ist und einer in Händen des Generalsekretärs Drummond bleibt. Der Oeffentlichkeit ist nur

ein Communique des Völkerbundsrats

zugegangen, in dem es heißt:

Die ersten Schwierigkeiten entstanden dadurch, daß die Einwohner, die für Deutschland, und diejenigen, die für Polen gestimmt hatten, sehr gemischt waren. Es war daher nicht möglich, eine Grenze festzusetzen, die nicht auf polnischem Gebiet eine gewisse Anzahl von Personen zurückließ, die für Deutschland gestimmt hatten und ebenfalls auf deutschem Gebiet einige, die für Polen gestimmt hatten. Alles was der Rat tun konnte, war, die Grenze so genau wie möglich, nach den Angaben der Abstimmung (?) zu ziehen. Es war nicht möglich, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch kleine Abweichungen der Abstimmungsgrenze zu beseitigen. Der Rat stellte fest, daß eine Linie, die das Industriegebiet nicht durchqueren würde, alle Hoffnungen und Wünsche der ausschlaggebenden Mehrheiten vernichten würde (!!!) . . .

Der Hereausschuß des Rates kam zu der Schlußfolgerung, daß das Problem nicht durch die Festsetzung einer einfachen Grenzlinie gelöst werden könnte. Das Komitee der Vier beschloß unter Empfehlung einer neuen Grenzlinie zu raten, daß während einer für eine wirtschaftliche Anpassung genügenden Periode Garantien gegen die Abschaffung der gegenwärtig bestehenden wirtschaftlichen Bedingungen gegeben werden.

Das Projekt für das wirtschaftliche Regime, das die Kommission der Vier empfohlen hat, sieht vier Perioden von verschiedener Länge, die in einigen Fällen bis 15 Jahre reichen, eine Reihe von Uebereinkommen vor für eine gerechte und unparteiische (!) Regelung verschiedener Fragen, wie die Eisenbahn, die Wasserwerke, die Stromzuführung, sowie die Aufhebung des Zolles für zahlreiche Produkte, darunter für Kohle und Vieh und die Beibehaltung der deutschen Markwährung im südlichen Teil Oberschlesiens.

Der Rat hat die Annahme des Projektes empfohlen, indem er Garantien für die politischen Minderheiten verlangt.

Diese amtlichen Mitteilungen sind reichlich konfus, auf der einen Seite hält man es für unbedingt nötig, die politische Grenze mitten durch das Industriegebiet zu ziehen, auf der anderen Seite stellt man fest, daß das Gebiet wirtschaftlich untrennbar ist, und stellt die verwickeltsten und verwirrtesten, größtenteils rechtlich völlig unhaltbaren und praktisch unmöglichen Uebergangsbestimmungen auf, von denen nur eines klar ist, nämlich, daß sie aus dem Friedensvertrag in keiner Form hergeleitet werden können.

Gegen das Genfer Unrecht!

Einmütiges Vorgehen der Parteien.

In ganz Deutschland erhebt sich machtvoll der Sturm der gerechten Empörung gegen neues unerträgliches Unrecht, das dem bedrängten deutschen Volk zugedacht ist. Unzählige sind die Resolutionen, Proteste, Telegramme, die ins Ausland von allen Seiten hinausgehen, um an Recht und Gerechtigkeit zu appellieren. Am bemerkenswertesten dürfte die an den Völkerbund, Lloyd George und Briand gerichtete Protestnote des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, des Gewerkschaftsrings der deutschen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Deutschen Beamtenbundes sein, in der es heißt, daß die deutschen Arbeiter und Beamten aller Richtungen gegen die Teilung Oberschlesiens schärfsten Einspruch erheben. „Die Hauptorganisationen, die insgesamt 14 Millionen Mitglieder vertreten und mit Familienangehörigen rund 40 Millionen deutscher Staatsangehörigen umfassen, haben sich geschlossen hinter das Reparationsprogramm der Regierung Wirth gestellt. Gerechtigkeit sowie die Deutschland auferlegten und von ihm anerkannten Pflichten erheischen gebieterisch Belassung Oberschlesiens bei Deutschland."

Die Vereinigten Verbände Heimattreuer Oberschlesier richteten an den Völkerbundsrat einen Funkspruch, in dem es u. a. heißt: „Es wäre ein Bruch des Versailler Friedensdiktates, wenn Oberschlesien nicht ganz und bald Deutschland zurückgegeben würde. Nie und nimmer werden wir uns durch politischen Schacher verkaufen lassen. Von Deutschland aber verlangen wir, daß es die Reparationspflicht nur dann erfüllt, wenn das deutsche Recht beachtet wird."

Die Wogen tiefster Empörung schlagen im deutschen Volk hoch auf. Ob ihr Brausen den Rechtsverdrehern in Genf endlich einmal das Gewissen zu wecken vermag?

Das deutsche Oberschlesien.

— Berlin, 13. Oktober 1921.

Eine Erklärung im Preußischen Landtag.

Indem sich sämtliche Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten von ihren Plätzen erheben, gibt Präsident Leinert zu Beginn der heutigen Sitzung im Namen der überwiegenden Mehrheit des Hauses folgende Erklärung ab:

Vom Sitze des Völkerbundes ist zu uns die erschütternde Nachricht gekommen, daß der Völkerbundsrat über das Schicksal Oberschlesiens Vorschläge unterbreiten wird, die eine Zerreißung des schwerleidenden Oberschlesien bedeuten. Eine solche Zerreißung würde den Grundsätzen, die in den Versailler Friedensverhandlungen festgelegt sind, vollkommen widersprechen. Danach sollte die Entscheidung der Frage, ob Oberschlesien beim Deutschen Reiche verbleiben oder Polen zufallen solle, denjenigen überlassen werden, die sie besonders angeht, nämlich der in Oberschlesien geborenen Bevölkerung. Diese hat mit großer Mehrheit dahin entschieden, daß ihr Land beim deutschen Volk verbleiben soll, mit dem sie mehr als 750 Jahre verbunden und dem allein sie den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg verdankten.

Polen kann keinerlei Rechtsansprüche geltend machen. Trotzdem soll ein erheblicher Teil des Industriegebietes Polen überwiesen werden, obgleich Industrie, Handel und Gewerbe allein durch Deutschland aufgebaut ist, wie es auch der in den Gewerkschaften vereinigten Arbeiterschaft den Aufschwung auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiet verdankt.

Die Sachverständigen im In- und Auslande haben sich für die Unteilbarkeit Oberschlesiens als unbedingte Voraussetzung des wirtschaftlichen Gedeihens dieses Landes ausgesprochen.

Die Zerreißung dieses Landes in einen deutschen und einen polnischen Teil würde daher ein Gewaltakt sein, der gegen den Willen der gesamten oberschlesischen Bevölkerung vorgenommen wird, und er vernichtet damit zugleich den Grundsatz der Selbstbestimmung des Volkes.

Der oberschlesischen Bevölkerung gegenüber bekundet der Landtag die untrennbare Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes mit ihr. Die oberschlesische Bevölkerung hat trotz der Gewaltherrschaft der Alliierten sich mit großem Mute

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119211015-10/fragment/page=0001

zum deutschen Volke bekannt und wir drücken hiermit das Gelöbnis zur unwandelbaren Treue zur oberschlesischen Bevölkerung aus. —

Mit lebhaftem, langanhaltendem Beifall nimmt das stark besuchte Haus diese Erklärung auf. Nur die Herren von der alleräußersten Linken müssen sich wieder einmal als Störenfriede zeigen und durch gehässige Zwischenrufe sich auf die Seite der Entente gegen ihr eigenes Volk schlagen.

Man geht dann zur Tagesordnung über und setzt die Debatte über die große Anfrage Hoffmann (Dem.) über das Reichsschulgesetz fort. Während Abg. Frau v. Tilling (Dnat.) für die Bekenntnisschulen eintritt, sieht der Sozialdemokrat König-Swinemünde in den diesbezüglichen Bestimmungen einen Widerspruch gegen die Verfassung, und der Kommunist Meyer-Ostpreußen fordert gar die restlose Abschaffung des Religionsunterrichts. Der Demokrat Hoff tritt für das Reichsschulgesetz ein, und Abg. Frau Bronker (Ztr.) nimmt sich besonders der Privatschulen an, gegen die wiederum der Unabhängige Holtz wettert, dem es außerdem noch die konfessionelle Schule angetan hat.

— Berlin, 12. Oktober 1921.

Vertagung wegen der Entscheidung über Oberschlesien.

Zu Beginn der heutigen Sitzung beantragt der Alterspräsident des Hauses, Abg. Herold (Zentr.), mit Rücksicht auf die äußerst schwerwiegenden Entscheidungen für Deutschlands Zukunft die heutige Sitzung zu vertagen.

Trotz des Widerspruchs der sozialistischen Parteien, die die sozialdemokratische Interpellation über die Personalpolitik des Ministers des Innern unbedingt heute beraten wollen, beschließt das Haus, dem Antrag Herold zu entsprechen.

Aus Rücksicht auf die überaus ernste politische Lage beschließt man ferner, die sozialdemokratische Interpellation auch morgen noch nicht zu besprechen.

Zur Lage.

Noch Meinungsverschiedenheiten zwischen London und Paris.

Paris, 13. Oktober. Nach dem „Petit Parisien" sind die Kabinette von Paris und London noch nicht einig darüber, in welcher Weise die Entscheidung Deutschland bekannt gegeben werden soll. Die französische Regierung hat bereits seit dem 6. Oktober in London bekanntgegeben, daß nach ihrer Ansicht eine Einberufung des Obersten Rates zwecklos ist und daß es gelingen wird, die Botschafterkonferenz zu beauftragen, den Genfer Entscheidung Gesetzeskraft zu geben. In London hält man dagegen eine Tagung des Obersten Rates für notwendig, der nachprüfen soll, ob die Genfer Entscheidung in keinem Punkte dem Versailler Vertrag widerspricht.

Vor neuen Unruhen in Oberschlesien.

Oppeln, 13. Oktober. Schwere Gefahren bedrohen den mühsam errungenen innerpolitischen Frieden in Oberschlesien. Es besteht Grund genug zu der Befürchtung, daß im Augenblick der authentischen Bekanntgabe einer Zerreißung Oberschlesiens der deutsch gesinnte Bevölkerungsteil die bisher mustergültig bewahrte Ruhe nicht bewahren wird. Namentlich unter der deutsch gesinnten Arbeiterschaft der Industriestädte wächst die Erregung von Tag zu Tag. Man hat genug unter der polnischen Herrschaft der Mai- und Junitage gelitten und will unter keinen Umständen unter eine Souveränität Polens kommen. Führende Personen der oberschlesischen Arbeiterbewegung haben bereits erklärt, daß sie die Massen nicht mehr in der Hand haben und sie zurückhaltend kaum noch zu beeinflussen vermögen.

Bürgerkrieg in China.

London, 13. Oktober. „Exchange Telegraph" meldet, daß die Regierung von Kanton der Militärpartei von Peking den Krieg erklärt habe. Eine Armee von 140.000 Mann marschiert auf Peking.

+ **England und die deutschen Zahlungen.** Der politische Berichterstatter der „Daily Mail" meldet, daß das englische Kabinett eine Sitzung abhalten wird, auf der die Pläne der Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Förderung des Handels erörtert werden. Es soll auch über die Frage der deutschen Reparationszahlungen und ihre Wirkungen auf den britischen Handel beraten werden.

Tirols Lebenswille.

München, 13. Oktober. In einer Meldung des Tiroler Sonderberichterstatters der „Münchener Neuest. Nachrichten" heißt es u. a.: Der Untergang Oesterreichs ist nicht mehr aufzuhalten. Das in seinen Lurzeln noch urgesunde Tirol ist entschlossen, seinen Willen zum Leben im entscheidenden Moment zum Ausdruck zu bringen. Es hat das heilige Recht auf Unterstützung des ganzen deutschen Volkes. Daß ihm diese Unterstützung im Rahmen des politisch und wirtschaftlich Möglichen auch wirklich zuteil wird, ist eine Ehrenpflicht Deutschlands. Möge man das in Berlin nicht vergessen.

Verständigung in Venedig.

Venedig, 13. Oktober. Die österreichische und die ungarische Delegation kamen nach eingehender Prüfung aller in Betracht kommenden Fragen zu einer Verständigung. Das Protokoll über die Ergebnisse der Konferenz wird heute abend von den Bevollmächtigten unterzeichnet.

2½ Prozent Umsatzsteuer. Der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats sprach sich entgegen dem Regierungsentwurf, der 3 Prozent verlangte, für eine Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2½ Prozent aus. Nach den Beschlüssen des Ausschusses sollen auch die Ausfuhr und die ersten Umsätze nach der Einfuhr in das Inland umsatzsteuerpflichtig sein. Die bisherige Steuerfreiheit der Ausfuhr kann, falls der Wettbewerb auf dem Weltmarkte geschädigt würde, durch Reichsratsbeschluß nach Anhörung des R. W. R. wiederhergestellt werden, ebenso die Steuerfreiheit der Einfuhr der notwendigen Lebens- und Futtermittel sowie Rohstoffe und Halberzeugnisse, soweit die Umsätze außerhalb des Kleinhandels erfolgen. An Stelle des bisherigen Luxussteuersystems soll eine nach bestimmten Gruppen von Gegenständen fest umrissene Luxussteuer treten. Die Befugnisse des Reichsrats nach § 16 U. St. G. werden dahin erweitert, daß er gleichfalls nach Anhörung eines Sachverständigen-Ausschusses des R. W. R. einzelne Gegenstände bzw. Gruppen für steuerfrei oder für erhöht steuerpflichtig erklären kann. Für die Umsatzsteuer auf Speisen und Getränke in Gast- und Schankstätten schlägt der Ausschuß Einteilung der Betriebe in drei Klassen vor und bestimmt, daß die Gemeinden 30 Prozent des Ertrages dieser Steuer erhalten und Zuschläge bis zu 100 Prozent erheben dürfen.

+ **Der Friede mit Amerika.** Im Washingtoner Senat nimmt man an, daß der Friedensvertrag mit Deutschland in nächster Zeit ratifiziert werden könne. Unterdessen kommt die Nachricht, daß der Senator Knox, der durch die von ihm eingebrachte Resolution den Anstoß zu dem deutsch-amerikanischen Sonderfrieden gegeben hat, gestorben ist. Durch diesen Todesfall kann sich die Ratifikation möglicherweise noch etwas verzögern.

° Leipzig. Der ehemalige Handwerkskammer wählte an Stelle des früheren Ehrenobermeisters Rahardt den Friseur Lubert zu ihrem Präsidenten.

° Leipzig. Am 17. November beginnen vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts die Verhandlungen in dem Staßfurter Putschprozeß, bei dem 24 Angeklagte beteiligt sind.

° Augsburg. Am 15. Oktober tritt hier der 10. bayerische Städtetag zusammen.

° Danzig. Senatspräsident Sahm hat sich mit mehreren Senatoren nach Warschau begeben, um der polnischen Regierung einen offiziellen Besuch zu machen. Bei dieser Gelegenheit wird die Danzig-polnische Wirtschaftskonvention unterzeichnet werden.

° Danzig. Die beiden in Danzig erscheinenden polnischen Tageszeitungen „Gazeta Gdanska" und „Dziennik Gdanski" werden verschmolzen und als eine Zeitung unter dem Titel „Gazeta i Gdanski" erscheinen.

Straßenkundgebungen in Wien.

Die Stadt war am 14. Okt. wieder Schauplatz großer Kundgebungen mit stark antisemitischem Einschlag. Nach einer Frauenversammlung, die mit der Tagesordnung stattfand „Wir können nicht weiter" zogen mehrere hundert Personen die Ringstraße entlang unter Rufen: „Auf zu den Schieberhotels! Holen wir das Gesindel aus den Autos heraus! Vor der Oper und vor den großen Hotels auf der Ringstraße kam es zu wüsten Szenen. Fußgänger wurden verprügelt, Autos angehalten, deren Insassen herausgezerrt und geschlagen. Erst einem Eingreifen eines sehr großen Aufgebots von Polizeibeamten gelang es, die Demonstranten zu zerstreuen.

Berlin, 13. Okt. Die neue Gebührenvorlage des Reichspostministeriums die im Post- und Telegrammverkehr beträchtliche Erhöhungen vorsieht und auch die Erhöhung der Fernsprechgebühren um weitere zwanzig Prozent wahrscheinlich macht, wird lediglich durch das im Herbst eingetretene starke Sinken des Markkurses verursacht, der eine Erhöhung der Gehälter und Löhne sowie ein Steigen der sachlichen Kosten der Verwaltung im Gefolge hat. Deshalb mußte vom 1. August 1921 ab eine Erhöhung der Teuerungszuschläge des Personals eintreten, wodurch sich die Ausgaben um 1420 Millionen Mark jährlich erhöhten. Infolgedessen steht die Postverwaltung wie bei der Einbringung dieser Gebührensätze im Frühjahr d. Js. auch jetzt wieder vor einem Jahresfehlbetrag von rund 4 Milliarden Mark. Durch die neue Gebührenvorlage soll eine Mehreinnahme von annähernd 2½ Milliarden Mark erzielt werden, da es auch jetzt wieder ausgeschlossen erscheint, den ganzen Fehlbetrag durch Gebührenerhöhung tilgen zu können. Das erstrebte Gleichgewicht im Haushalt wird erst eintreten können, wenn die Teuerung, die die persönlichen und sachlichen Kosten jetzt wieder in die Höhe getrieben hat, nicht weiter zunimmt.

Provinz und Nachbarstaaten.

Teuchern, den 14. Oktober 1921.

— **Die Gestaltung des Brotpreises.** Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat auf Grund amtlichen amtlichen Materials die Klagen über die Höhe des Brotpreises geprüft und ist nach zahlenmäßigen Feststellungen zu dem Schluß gekommen, daß ohne den vom Reich im Wirtschaftsjahr 1920/21 ausgewandten Betrag von 9,3 Milliarden Mark auch im vergangenen Jahre das Kartendrot nur zum Preise von 8 Mark hätte abgegeben werden können. „Wenn der Brotpreis", so heißt es in dem Nachweis, „trotz der inzwischen eingetretenen Geldentwertung zurzeit auf der Höhe von 7 Mark gehalten werden kann, so ist dies wesentlich mit dadurch bedingt, daß das Umlagegetreide dem Reiche von der Landwirtschaft zu einem im Verhältnis zum freien Handel wesentlich billigeren Preise zur Verfügung gestellt wird."

„Kartoffel-Transport-Tage" bei der Eisenbahn.

Berlin, 13. Oktober. Wie die „Telegraphen Union" erfährt, sind von Vertretern der Landwirtschaft und des Handels mit dem Reichsernährungs- und Verkehrsministerium Verhandlungen gepflogen worden, um gemeinsam die Schwierigkeiten zu beseitigen, die durch den Wagenmangel auf dem großstädtischen Kartoffelmarkt entstanden sind. Es wurde vorgeschlagen, wöchentlich etwa 1—2 besondere „Kartoffel-Transport-Tage" aus den Hauptlieferungsgebieten einzuführen, um eine sofortige reichliche Versorgung mit Kartoffeln sicher zu stellen.

— Es wird darauf hingewiesen, daß die Hundesteuer für das 2. Halbjahr und die Reichseinkommensteuer für das 3. Quartal des Rechnungsjahrs 1921 umgehend an die hiesige Stadtkasse abzuführen ist.

Fortsetzung in der Beilage.

Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber.

11 (Nachdruck verboten.)

Die Kleebinderin begann nun eine ernste Selbstschau zu halten. Wozu war auch das leidige Gezänk? — rückte sie sich vor. — Bin doch gar nit so alt, daß ich mir nimmer vorstell'n könnt', wie ein'm jung z'Mut is. Weil ich mit will, daß ein'm andern g'fall, was mir nit, und eigentlich hab' ich's doch nur gegen die alte Zinshoferin, die hat nie was taugt, aber was kann die Junge für ihr' Mutter? Muß 's just derselben nacharten? Kreuzbrave Eltern hab'n oft schlechtgeratene Kinder; 's kann doch auch einmal umgekehrt der Fall sein. Wenn d'Helen' erst da im Haus sein wird, wo 's nix Unrecht's sieht, noch hört, und sie laßt sich bedeuten, gar so unlandsam wird sie ja nit sein, warum sollt' sie nit a brav' Weib abgeben, für'n Muckerl schon gar, dev g'wiß a braver Mann wird?! Eher als nit! Aber all das hält' ich vorhin bedenken soll'n, statt, daß ich unvernünftig mich in d'Hitz' red', bis ich vor Eifer und Galle nimmer ausweiß. Bin doch wahrhaftig nicht a bösartig', eigensinnig' alt' Weib! —

„Muckerl," rief sie halblaut, „schlaft schon?"

„Nein, Mutter."

„Ich denk' just, daß wer dev Leut' G'red' und Zwischentragerei ein End' macht und die Sach' fein schicksam einfädelt, dürft' wohl g'raten sein, die Zinshoferischen zu uns z'laden. Taugt dir's, so hätt' ich nix dagegen, wann dev 's am nächsten Sonntag herüberbitt'st."

„Ja, Mutter."

Mehr sagte er nicht, aber daraufhin, wie er es sagte, war die alte Frau recht vergnügt.

* * *

So fanden sich denn am Sonntag-Nachmittag die vier Leute im Kleebinderhäusel zusammen. Die beiden Bäuerinnen saßen sich gegenüber und sagten sich weder Liebes noch Leides, sondern sprachen vom Wetter und vom Wirtschaften; die Kleebinderin, ihrer Ueberlegenheit bewußt, redete ein Langes und Breites, und die Zinshoferin, öfters verstohlen gähnend, warf Kurzes und Schmales dazwischen. Helene begegnete sich mehr respektvoll, als freundlich, sie sah meist vor sich nieder, selten blickte sie nach Muckerl, vor ihr gegenüber saß und kein Auge wandte. Er war der einzige, den die Langweile nicht anfocht, weil er sich ganz rückhaltlos zufrieden und glücklich fühlte.

Vom nächsten Tage ab galt es im Dorfe für ausgemacht, daß nunmehr alles zwischen dem Kleebinder Muckerl und der Zinshofer Helen' in Richtigkeit sei. Die Dirne blieb sich übrigens in ihrem Verhalten ganz gleich, was die alte Kleebinderin veranlaßte, immer nachdrücklicher mit dem Kopf zu schütteln. Es eilte der Halen' gar nicht, sich bei der Mutter Muckerls einzuschmeicheln, sie suchte deren Umgang nicht und hielt ihr bei Begegnungen gleichmütig Stand, so wie sie auch die Neigung des Burschen weder ermutigte, noch ablehnte; ja, einem weniger Gutmütigen hätte sie sicher das Schenken verleidet, sie verstand sich zu keiner Bitte und zu keinem Danke.

Sie schlug es dem Muckerl rundweg ab, sich von ihm nachmal in das Wirtshaus führen zu lassen. Er tauge eben nicht unter Leute und darum sei es schwer, mit ihm unter ihnen zu sitzen. Am Kirchtag aber — das verspricht sie — geht sie mit ihm auf den Tanzboden.

„O, du mein Gott," klagte die Kleebinderin, „die Dirn' hat ein' Stolz, wie ich nix g'glaubt hab' und je mehr der Bub' unterdruckt, je stolzer tut sie und mit allem stellt er sich zufrieden."

Er stellte sich nicht zufrieden, er war es wirklich. Lieber wie eine, die sich g'ring acht't, mußt ihm doch die Dirn' sein, die sich vielleicht ein bissel g'hoch hält, aber doch nit zu gut für ihn. Nein, das tut sie nit. Er weiß ja, was ihm auf nächste Kirchweih' bevorsteht!

Es war noch ziemlich lange bis dahin.

5.

Daß schöne Mädchen gerne unfreundbare neben sich dulden, dürfte nicht schwer zu erklären sein und daß letztere sich den ersteren aufdrängen, hat seinen Grund wohl darin, weil im Umgange mit einer so viel Umworbenen vielseitigere Aufschlüsse über das zu erwarten stehen, was nun einmal der großen Mehrzahl der Menschen das Interessanteste im Leben ist und bleibt, über das Lieben und Geliebtwerden. Daß sich die Minderbevorzugten dabei auch mit der Hoffnung trügen, gar letztlich einen der herzwunden Abgewiesenen für sich in Besitz zu nehmen, mag im allgemeinen wohl nur eine boshafte, durch nichts begründete Nachredigkeit sein.

Unter den Dirnen, die sich zu Helen' gesellten, war auch die Matzes Sepherl. Die Harthändige mit den wunderndem Augen wußte sich einzuschmeicheln, sie pries so rückhaltlos die Schönheit der Kameradin und andernteils wußte sie den Muckerl nicht genug zu loben, so daß sie es nur rechtschaffen fand, daß die Schönste nicht mit einem der g'mein' Bauersleut' sondern mit einem so kunstfertigen und Ausländiger hausen wolle; was ganz angenehm zu hören war.

Sepherl lekte auch mit Helene die neidische Bewunderung des Sternsteinhofes, während alle anderen da unten am Fuße des Hügels sich mit dem gotteingesetzten Unterschiede zwischen reich und arm zufrieden gaben und von keinem Wünschhütchen träumten, das sie auf den Gipfel versetzen könnte.

Sepherl war schon zu öfteren Malen auf dem reichen Hofe gewesen, sie hatte dort eine alte Base, die, seit dem vor Jahren erfolgten Tode der Bäuerin, dem Hauswesen vorstand; diese brave Schaffnerin tatsich nicht wenig auf ihre Obsorge zugute, schätzte aber ganz richtig, daß sie selbe nur dem mächtig' großen Anwesen verdanke und ließ sich bei günstiger Gelegenheit gerne dazu herbei, ein oder das andere Dorfkind darauf herumzuführen und zu verblüffen. Ein paar Mal hatten die beiden Dirnen die Alte aufgesucht, ohne mehr als deren allerdings wohnliches Stübchen von ganzen, großen Sternsteinhof gesehen zu haben, dann aber wurden sie auf den nächsten Sonntag-Nachmittag geladen, wo die Herrenleute „aus" sein würden und auch wenig Gesinde sich daheim verhalten werde.

Es war ein sonniger Herbstnachmittag, an dem die beiden Dirnen in Begleitung Muckerls längs des Baches durch das Dorf schritten, bis wo in der Mitte desselben, der Kirche gegenüber, die Brücke über das Wasser und auf den Weg führte, der zum Sternsteinhof hinanstieg.

„B'hüt dich Gott, Muckerl," sagten die beiden, denn der war nicht geladen worden, und ihn mitbringen, wäre eine Unhöflichkeit gewesen. „B'hüt dich Gott und laß dir unterdess' die Zeit nit lang werden."

„Hab's derweg'n fein' Sorg'," sagte er, indem er sich auf das Brückengeländer stützte. „Unterhaltet euch auch."

Fortsetzung folgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119211015-10/fragment/page=0002

Ich bringe hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß mit Wirkung vom 15. d. Mts. ab in den Fleischbeschau- und Trichinenschaubezirken nachstehende Aenderungen eintreten:

1) die Gemeinden Gaumnitz und Streckau werden von dem Fleischbeschaubezirke Kretzschau abgetrennt und dem Fleischbeschaubezirke Trebnitz b. Th. zugeteilt,
2) die Gemeinde Gaumnitz scheidet aus dem Trichinenschaubezirke Döschwitz aus und wird dem Trichinenschaubezirke Trebnitz b. Th. zugewiesen,
3) der bisherige selbständige Trichinenschaubezirk Streckau wird aufgelöst und die Gemeinde Streckau dem Trichinenschaubezirke Luckenau zugeteilt.

Die Magistrate, Gemeinde- und Gutsvorsteher, Ortspolizeibehörden, Landjäger, Fleischbeschauer, Ergänzungs- und stellv. Ergänzungsbeschauer sowie Trichinenbeschauer werden ersucht, die ihnen übersandte Nachweisung der Fleischbeschau- und Trichinenschaubezirke entsprechend zu berichtigen.

Weißenfels, den 13. Oktober 1921.

Der Landrat.

Betriff.: **Kriegsbeschädigtenfürsorge im Landkreise Weißenfels.**

Der Ausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Hohenmölsen ist aufgelöst. Alle seine Obliegenheiten sind der amtlichen Fürsorgestelle des Kreises, die sich im Kreishause zu Weißenfels, Zimmer Nr. 27 befindet, übertragen worden.

Die Kriegsbeschädigten des Kreises werden ersucht, sich in allen auf ihre Dienstbeschädigung Bezug habenden Angelegenheiten schriftlich oder mündlich an diese Stelle zu wenden und bei ötigte Auskünfte von ihr einzuholen.

Die Geschäftsstelle ist werktäglich von 8 Uhr vorm. bis 1 Uhr mittags geöffnet.

Weißenfels, den 7. Oktober 1921.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses
Zimmermann, Landrat.

Betrifft: **Feldschutz.**

Die nachgenannten, von dem Kreisbauernverein Weißenfels für den Feldschutz angestellten Beamten sind als Feldhüter gemäß § 62 des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 (G.S.S. 230) von mir bestätigt worden und haben auf Grund der ihnen erteilten Ausweise die Berechtigung zur Festnahme und Durchsuchung der auf der Tat ertappten und sich verdächtig machenden Personen erhalten:

Heinrich Schröder—Dobergast,
Karl Hennig—Großgrimma,
Ludwig Clemens—Stöntzsch,
Herbert Zimmermann—Luckenau,
Felix Judersleben—Tackau.

Ausgeschieden sind inzwischen die nachbenannten Feldschutzbeamten:

Willy Kraus—Unternessa,
Wilhelm Jahnke—Wiedebach,
Wilhelm Eisen—Kistritz,
Herbert Kempka—Aue bei Schkölen,
Artur Bauer—Pretzsch.

Weißenfels, den 10. Oktober 1921.

Der Landrat.

Bezugnehmend auf die in Nr. 121 des Wochenblattes veröffentlichte Bekanntmachung des Herrn Landrats vom 7. 10. betreffend Verpachtung der Trichinenschau im Trichinenschaubezirke Teuchern III seitens der Frau Tierarzt Kubaschewsky hier, bringe ich hiermit zur Kenntnis, daß zu dem vorgenannten Bezirke folgende Straßen gehören:

Bahn-, Probstei-, Weißenfelser-, Naumburger-, Weinberg-Straße, Grüner Weg, Pegauer-Berg-, Hohe-, Verbindungs- und Oberstraße, sowie der Gutsbezirk Teuchern und die Einzelgehöfte und zuletzt auch das Siedlungsgelände.

Teuchern, den 13. Oktober 1921.

Die Polizeiverwaltung, Schilken.

Wohnungsamt.

Das Wohnungsamt ist in Zukunft nur **Dienstags, Donnerstags und Sonnabends** vormittags 8—10 Uhr geöffnet.

Teuchern, den 11. Oktober 1921.

Schwarze.

D. H. V.
Ortsgruppe Teuchern.

Anfang November d. Js. beginnt unter Leitung eines erfahrenen und in der Praxis durchaus bewährten Herrn ein viermonatiger

Unterrichtslehrgang in der einfachen u. doppelten Buchführung

nach deutscher (italienischer) und amerikanischer Art.

Der Preis beträgt Mk. 100.00 für Lehrlinge
„ 150.00 „ Mitglieder
„ 250.00 „ Nichtmitglieder.

Anmeldungen werden bei den Herren:
Erich Taudte, Naumburgerstr. 6 und
Kurt Ehrler, Bahnstr. 3
entgegengenommen.

Achtung!

Gröben.

Restaur. v. A. Arlt
Auf vielseitigen Wunsch:
Fortsetzung des Preiskegelns
Bis Sonntag, d. 23. Okt.
Alfr. Arlt. Das Komitee.

Ordentlicher fleißiger

Knecht,

15—16 Jahre
für sofort gesucht.
Otto Richter, Wernsdorf.

Wegekarten

der Umgebung
zu haben bei
O. Lieferenz.

Kirchl. Nachrichten

Sonntag, den 16. Oktober
(21. Sonntag n. Tr.)
Kollekte für den Evang. Bund
Teuchern: Vorm. 10 Uhr Oberpfr. Plagemann.
Gröben: 1½ Uhr Oberpfr. Plagemann.
Unterwerschen: ½9 Uhr vorm. Oberpfr. Plagemann.

Arbeitsnachweis Teuchern.

Amtliche Meldestelle für alle offene Stellen.

Gesucht werden:
10 Knechte, 13 Mägde, 6 Kleinknechte, 1 Friseurlehrling, Bahnunterhaltungsarbeiter, Häuer, Förderleute, 5 Abraumarbeiter, 1 jüngerer Schneider, 2 Küchenmädchen unt. günst. Bedingungen u. ausw., 2 Lehrlinge z. Glasbiegen, 1 Aufwartung, 1 Stenotypistin, 4—6 Leute (Burschen) zum Rübenfahren. Arbeiterinnen von 16—17 Jahren.

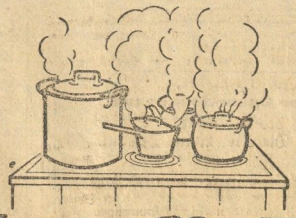
Stellen suchen
4 Arbeiterfamilien, 1 Nachtwächt. 1 Wirtschafterin aus Weißenfels, 1 Mann für leichte Arbeit, 1 Mechaniker.

Schlachtefest

ff. Schüsselsülze
a Pfund 8 Mark, sowie
junges Bockfleisch und Kaldaunen
E. Zetzsche, Unterm Berge 33.

Lederfett

beste Marke, wieder eingetroffen
im Schuhhaus
Louis Busch.



Wenn Sie Ihr Essen bereiten

oder Ihren Kaffee kochen, können Sie die gleiche Herdhitze, ohne Mehrkosten, zum Waschen ausnutzen. Sie lösen

PERSIL

im Wasserkessel auf, tun sofort Ihre Wäsche hinein, stellen das Gefäss auf den Herd und lassen die Wäsche eine Viertelstunde lang mitkochen.

Schon ist die Arbeit fertig!

Die Wäsche ist völlig sauber, blütenweiss, frisch und duftig wie auf dem Rasen gebleicht.

Sie sparen Zeit, Kohlen, Arbeit, Geld!

Sorgen Sie daher, dass Persil niemals in Ihrem Haushalt fehlt, es ist wieder überall in bekannter Güte erhältlich.

Nur in Original-Packung, niemals lose!

Alleinige Hersteller: **Henkel & Cie. Düsseldorf** auch der altbekannten „HENKO" Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

---

Frisch gebrannten

KAFFEE

eigene Röstung

empfiehlt

Nr. 4 ¼	Pfd.	7.—	Mk.
„ 3 ¼	„	8.—	„
„ 2 ¼	„	9.—	„
„ 1 ¼	„	9.50	„

sehr gut im Geschmack. von besonderen feinem, reinem u. kräftigem Geschmack.

Rob. Näther.

Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener Ortsgr. Teuchern und Umgegend.

Sonntag, den 16. Oktober nachm. 3 Uhr im „Norddeutschen Hof"

außerordentliche Monatsversammlung

Sehr wichtige Tagesordnung.

Bitte um pünktliches u. vollzähliges Erscheinen

der Vorstand.

Ehrliches, kräftiges

Dienstmädchen

14—16 Jahre, für feinen kinderlosen Haushalt aufs Land unter sehr günstigen Bedingungen zum 15. Oktob. oder 1. Nov. gesucht. Reise wird vergütet. Gefl. Offerten unter **R. II** an d. Geschst. d. Bl.

Asthma

kann **geheilt** werden. Ganz neues Verfahren. Behandlung d. Spez.-Arzt in **Weißenfels,** Marktwerbenerstr. 7, pr., jeden Montag von 9—2 Uhr.

Prof. Leche's Institut Freiberg/Sa.

Wollen Sie
Geld sparen? Dann kaufen Sie noch rechtzeitig ein!
Kleiderstoffe zur Konfirmation.

Damenhemden	(Hemdentuch) Stck.	**29** Mk.
Damenhemden	(Barchend) Stck.	**29** „
Bettücher	(grau) Stck.	**33** „
Bettücher	(weiß) Stck.	**55** „
Bettwäsche	Bezug mit 2 Kissen)	**140** „

sowie: **Köperbarchend, Schlosserbarchend, Herrenhosen, Strickwolle, Kindersweater, Damenstrümpfe, Barchendjacken usw.**

Säumen Sie nicht! Noch ist es Zeit!

Otto Görk,

Zeitzerstr. 17. Kein Laden.

Zahnersatz

in Gold- und Kautschuk mit und ohne Platte in bester Ausführung, sowie auch sämtliche
Plombierungen.

E. Paul, Dentist, Zeitz, Kramerstr. 5/6.

Fernspr. 557. Sprechstunden: 8—1, 2—6 Uhr.

Ab Freitag, den 14. 10. 21 steht ein frischer Transport pa. bayrischer

Zugochsen

bei mir preiswert zum Verkauf. Außerdem habe gr. Auswahl in hochtragenden u. frischmelkenden

Kühen u. Färsen

und pa.

Herdbuchzuchtbullen

mit Abstammungsnachweis.

Einen frischen Transport pa. 3—6jähriger
belgischer und dänischer

Arbeits u. Ackerpferde

stelle unter kulantesten Bedingungen und voller Garantie zum Verkauf.

Hugo Schumann, Viehgeschäft,
Zetzsch bei Hohenmölsen.
Telefon 357.

Hotel zum Löwen, Teuchern.

Sonntag, den 16 Oktober, abends 1/2 8 Uhr
Großer Operettenabend!
Gastspiel des Merseburger Stadttheater. Direktion Artur Dechant.
Zum 1. Male!

Die Kleine aus der Hölle

Operette in 3 Akten von Filmar Springefeld.
Ueber 150 Mal in Berlin. Das Publikum brüllt vor Lachen.

In den Hauptrollen: Erstes Auftreten des Komikers Carl Rothe-Hartmann. Eva Henckel-Dechant: Artur Dechant. Cläre Glaß. Eugen Frey. Carl Reich. Grete Erlosch.

Jede Gesangsnummer ein bekannter Schlager.
Vorverkauf im Löwen.

Arb.-Turn-Verein „Teutonia".

Sonntag, den 16. Oktober findet unser diesjähr.

Abturnen

im „Gasthof zum grünen Baum" statt.
Von nachm. 3 Uhr ab **Schau- u. Riegenturnen**, von 4 Uhr ab **Ball**.
Freundlichen Besuch erwartet von der Einwohnerschaft
der Vorstand.

Berliner Gastspieltheater
Teuchern, Norddeutscher Hof
Sonntag, den 16. Oktober abends 8 Uhr.

Spannende sensationelle Detektivkomödie aus dem Tagebuche des berühmten Detektivs **Harry Piel.**

?? Drei Minuten vor Mitternacht ??

5 äußerst spannende Akte.
1. Akt: Mord — oder Selbstmord.
2. Akt: Unsichtbare Mächte.
3. Akt: Endlich eine Fährte.
4. Akt: Nächtliches Treiben.
5. Akt: Ertappt — um Mitternacht.

Hauptpersonen:
Sir Francis Blackewood, ein Sonderling,
Jenni Blackewood, dessen Nesse,
Byrris Maelbourne, ein alter Diener,
Bessy, Stubenmädchen,
Bridge, Notar,
Harry Piel, Detektiv,
Grey, dessen junger Gehilfe,
Billy,
* * *

Das Stück spielt auf dem alten Ritterschloß Blackewood in Schottland.

In den Pausen Konzert.
Nachm. 3 Uhr **große Kindervorstellung.**
Der gestiefelte Kater.
Preise: 2.—, 1.50 u. 1.— Mk. Vorverk. in Norddt. Hof.

Arbeiter-Turnverein Werschen.

Zu dem am **Sonntag, den 16. Oktober** im „Gasthof zur Hoffnung", Oberwerschen stattfindenden

Abturnen

laden ganz ergebenst ein
der Wirt, **der Vorstand.**
Von 2 Uhr an Turnen, von 6 Uhr an Ball.

:: Gasthof Runthal. ::

Sonntag, den 16. Oktober

großer Liederabend

mit Konzert und Ball
unter Mitwirkung des **Arbeiter-Gesangvereins Teuchern** (Frauen- und Männerchor.)
Leitung: Bezirksdirigent Herr W. Dettmar.
Anfang des Balles 4 Uhr. Anfang des Konzertes 7 Uhr.
Nach dem Konzert wieder Ball.
Einige genußreiche Stunden versprechend laden ergebenst ein
G. Schmidt. **Arbeiter-Gesangverein Gräben-Runthal.** (Gemischter Chor.)

Reparaturen

an Nähmaschinen, Fahrrädern und sonstigen mechanisch arbeitenden Apparaten werden sach- und fachgemäß ausgeführt.
Willy Krause,
Schützenstr. 19.

Besonderes Angebot!

der Sächs. Strumpf- u. Trikotagenfabrik, Zweigniederlass. Teuchern
Grüner Weg 1.

Decken Sie Ihren Bedarf an Winterwäsche, bevor alles teurer wird!
Schürzen in reicher Auswahl.
Militärhosen besonders gute Qualität, **Mk. 125.**

Herren-Normalhemden		39.75 Mk.	**Damenhemden**	von	37.75 Mk. an
Herren-Unterhosen	von	25.50 „ an	„ **-schlüpfer,** warm,		27.50 „
„ **-Unterjacken**	„	29.50 „ „	**Korsetschoner**		7.50 „
Berufshemden	„	29.50 „ „	**Damenstrümpfe,** schwarz 7.50 u. braun 6.50 Mk.		
Einsatzhemden, elegant. Einsatz	„	27.50 „ „			

Heren-Socken von **4.50 Mk.** an. **Kinderstrümpfe 4.50** u. **9.50 Mk.**
Kinderstrümpfe, gute Wolle **18.50 Mk.**
Taschentücher, weiß mit bunter Kante, von **3.70 Mk.** an.
Herren-Socken, WOLLE, 13.50 Mk. Großer Posten **Wollhandschuhe 8.50 Mk.**

Für Wiederverkäufer u. Hausierer billigste Bezugsquelle.

Achtung! **Achtung!**

Oberkaka.

Zu unseren am **Sonntag, den 16. Oktober** von abends 6 Uhr an stattfindenden

Herbstvergnügen

mit allerlei Belustigungen
ladet freundlichst ein
Burschen- u. Mädchenvereinigung „Veilchenblau", Schortau.
11 Uhr Fackelpolonaise. — Ueberraschungen.

Achtung. **Teuchern.**

Erstes großes Geldpreiskegeln

Restaurant E. Schirmer
Sonnabend, d. 15. Okt., Sonntag, d. 16. Okt.
„ „ 22. „ „ „ 23. „
„ „ 29. „ „ „ 30. „
„ „ 5. Nov. „ „ 6. Nov.
Bei Abschub von 5000 Losen a Los 2 Mk.
I. Preis 1500 Mk., 2. Preis 1200 Mk., 3. Preis 900 Mk., 4. Preis 600 Mk., 5. Preis 300 Mk.
Um recht zahlreiche Beteiligung bitten
der Wirt, **das Komité.**

Die letzten 3 Tage!

Das **große Geldpreiskegeln** im „Grünen Baum" zu Teuchern, nimmt **Sonntag, den 16. Oktober** sein Ende.
Preisverteilung Montag, den 17. Okt. abends 8 Uhr im Lokal.
Carl Müller.

Rübenpressen, Rübenschneider, Kartoffelquetschen, Kartoffeldämpfer

empfiehlt
Otto Göhring,
Teuchern.

Pfaff- u. Naumann-Nähmaschinen

sind die leistungsfähigsten und vollkommensten der Gegenwart.
Lager bei **Rob. Gäbler, Teuchern.**
Langjährige Garantie. — Teilzahlung gestattet.
Eigene moderne Reparaturwerkstatt für Nähmaschinen aller Systeme.

Verkaufe:
6 Bienenwohnungen 2etagig mit 4 Völkern u. allem Zubehör, 1 gebr. Kochmaschine, 1 gebr. Hobelbank, 1 Ziegenbockwagen mit Geschirr, 2 neue Vertiko und einen neuen Küchenrahmen billig
W. Schlehahn, Schortauerstr. 1a.

SCHUHWAREN

MARKE SALAMANDER

für
Kinder, Mädchen, Knaben, Damen und Herren
kaufen Sie bei mir durch noch frühzeitigen grossen Einkauf zu den

allen bisherigen Preisen!

Filzschuhwaren in grösster Auswahl.
Decken sie Ihren Bedarf schnellstens, da die Preise täglich höher gehen — **Reparaturen** werden in meiner Werkstatt gut und billig ausgeführt.

Salamander-Schuhhaus
Rud. Ziegler Nachf.

Junges, anständiges

Mädchen

als Anlegerin und zu leichten Druckereiarbeiten gesucht.
Buchdruckerei von Otto Lieferenz, Teuchern.

Sohn achtbarer Eltern, der gewillt ist,

Kaufmann

zu werden, kann bei mir Ostern 1922 oder früher in die Lehre treten **Rud. Gresse.**

Todesanzeige.
Heute, d. 13. Okt., früh 6 Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden unser liebes Söhnchen
Fritz
im Alter von 4 Monaten.
Dies zeigen tiefbetrübt an die trauernden Eltern
Karl König nebst Frau geb. Zwingenberg
und Kindern.
Die Beerdigung findet Sonntag früh 1/2 12 Uhr statt.

Todesanzeige.
Mittwochfrüh 1/4 7 Uhr starb plötzlich und unerwartet nach langem schweren Leiden meine liebe Frau
Karoline Holzhey
im Alter von 73 Jahren.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Karl Holzhey, Invalid.
Beerdigung Sonnabend nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle aus.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten anlässlich unserer Hochzeit danken herzlichst
Franz Busch u. Frau
Aenne geb. Haferkorn.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Lieferenz Teuchern.

Beilage zu Nr. 122 des „Wöchentlichen Anzeigers" für Teuchern und Umgegend.

Sonnabend, den 14. Oktober 1921.

Provinz und Nachbarstaaten.

= **Die Hackfruchternte im Deutschen Reich.** Wenn man „gut" mit 2, „mittel" mit 3 und mit 4 „gering" bezeichnet, so ergeben sich nach einer Zusammenstellung des Statistischen Reichsamtes für Anfang Oktober dieses Jahres, verglichen mit dem Vorjahre, folgende Begutachtungsziffern: Kartoffeln 3,4 (im Vorjahre 2,8), Zuckerrüben 3,4 (2,8), Futterrüben 3,2, Klee 3,7 (2,5), Luzerne 3,6 (2,6), bewäss. Wiesen 3,3 (2,3), andere Wiesen 3,8 (2,6). Weiter wird berichtet, daß die Kartoffelernte bei Abgabe des Berichts überall im Gange war. Stellenweise, in Gegenden mit kleinen Wirtschaften, war sie bereits beendet. Der Ertrag an Knollen ist je nach Bodenbeschaffenheit und Sorte sehr verschieden. Die Bezirke, in denen sich die Austrocknung des Bodens weniger bemerkbar gemacht hat, melden, daß der Ertrag befriedigender ist, als erwartet wurde. Infolge des spät einsetzenden Regens hatte sich der Stand der Kartoffeln vielfach noch gebessert. Doch darf diese Besserung nicht überschätzt werden. Statt sich zu vergrößern, zeigten die Knollen sog. Kindelbildung. Dieses Durchwachsen geschah oft auf Kosten der Mutterknolle. Im allgemeinen blieben die Knollen klein. Zucker- und Runkelrüben haben sich nach den Niederschlägen im September um ein Geringes erholt. Das Ergebnis der ausstehenden Ernte wird nur in Süddeutschland befriedigend beurteilt. Die Berichte über den Stand der Futterpflanzen und Wiesen lauten größtenteils wenig günstig. Die alten Kleeschläge waren meistens verdorrt, Stoppelklee blieb teilweise ganz aus. Vom zweiten Schnitt der Futterpflanzen und Wiesen sind nur geringe Mengen Heu eingekommen. Erfreulicher sind die Nachrichten aus Süddeutschland. Dort hat sich die Gefahr der Futterknappheit gemildert. In Württemberg und Baden wurde vielfach zweites, sog. Nachöfend, geerntet.

= **Der Stand der Mark.** Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	13. 10.	12. 10.	1914
100 holländische Gulden	4845	4396	167,— M.
100 belgische Franken	—	944	80,— „
100 dänische Kronen	2717	2498	112,— „
100 schwedische Kronen	3256	3060	112,— „
100 italienische Lire	535	560	80,— „
1 englisches Pfund	545	500	20,— „
1 Dollar	140	132	4,20 „
100 französische Franken	1010	950	80 — „
100 schweizerische Franken	—	2325	80,— „
100 tschechische Kronen	160	141	—,— „

— Herr Oberpostsekretär Schönfeld wurde zum Postinspektor befördert.

— Der Sohn des verstorbenen Kantors Rausch hat am 1. Oktober in Leipzig seine pharmazeutische Vorprüfung mit „sehr gut" bestanden.

— **Sport.** Kranzwett piel „Olympia 3, Halle — Sportvereinigung 3., Teuchern 0 : 4 (0 : 1) Obige Mannschaften standen sich am vergangenen Sonntag auf hiesigem Sportplatz gegenüber. Teuchern hat Platzwahl, die Gäste den Anstoß. Gleich nach dem ersten Pfiff beginnt ein hin- und herwogender Kampf welcher bis zur 10. Minute von der beiderseitigen Verteidigung glänzend durchgeführt wird, als durch prachtvollen Schrägschuß aus 25 m Entfernung durch den Halblinken, Teuchern in Führung geht. Bis auf weitere leichte Ueberlegenheit der hiesigen, ereignet sich bis zur Halbzeit nichts mehr und es wechseln beide Mannschaften mit dem Stande 0 : 1. Teuchern hat jetzt leichteres Spiel nämlich mit der Sonne im Rücken und gehen diese gleich in der 48 Min. zur Fortsetzung mit 0 : 2 über. Die Gäste drehen bis zum Schluß noch einige Mal stark auf, um den Ausgleich sicher zu stellen, aber es ist ihnen nicht vergönnt, ihr Ehrentor zu schießen, im Gegenteil Teuchern kann bis Schlußpfiff sein Resultat auf No. 4 erhöhen und sich hiermit den Kranz und Sieg sicher stellen. Beide Mannschaften waren gleichwertig, von den Gästen wurden nur einige Torchancen verpaßt, außerdem hätten die beiden letzten Tore gehalten werden müssen, wenn der Tormann nicht so weit aus dem Male herausgelaufen wäre. Dem Spender für den schönen Kranz herzlichen Dank. — Kommenden Sonntag fährt die 1. Elf nach Zeitz, um sich mit dem dortigen Ballspielklub im Verbandsspiel zu messen. Es geht noch um zwei wertvolle Punkte, welche sich die in guter Form befindliche Teucheraner-Elf nicht so leicht nehmen lassen wird. Aber auch der Gegner schlug erst vor kurzem den Weißenfelser Sportklub mit 3 : 1, sowie die Zeitzer Sportvg. mit einem knappen, aber doch sicheren Resultat 3 : 2.

Weißenfels, 12. Okt. **Zur Falschdruckerei-Angelegenheit,** wird noch berichtet: Der Plan, falsche Hundertmark scheine herzustellen, wurde von einem Leipziger Monteur entwickelt. Ein hiesiger Geschäftsmann, Molkereibesitzer Ewers, finanzierte die Sache. Er gab Geld zur Anschaffung zweier Pressen und einer Hebelschneidemaschine, die in den Geschäftsräumen der Malzkaffeerösterei Adolf Würfel aufgestellt wurden. Die Leipziger Kriminalpolizei bekam Wind von der Sache, und Haussuchungen, die sie im Verein mit der hiesigen Polizei vornahm, beförderten Maschinen und Werkzeuge zu Tage. Ewers und Würfel wurden daraufhin verhaftet.

Halle, 13. Okt. Gestern fuhr ein Auto vor das Betriebsgebäude der Grube Alwine-Verein. Ihm entstiegen sechs schwerbewaffnete Männer. Diese drangen ins Hauptkontor ein und raubten aus dem Kassenschrank Lohngelder in Höhe von 200 000 Mark. Die Räuber entkamen unerkannt.

Eisleben, 11. Okt. (Die Wohnungsnot im Mansfelder Seekreise.) Um der im Mansfelder Seekreise immer ernster werdenden Wohnungsnot zu steuern, werden in einer Reihe von Gemeinden Wohnungsbauten ausgeführt. Zu diesem Zwecke wurde vom Kreistage des Mansfelder Seekreises eine Anleihe von 1½ Millionen Mark bei 5 v. H. Verzinsung und 3 v. H. Tilgung beschlossen.

Schönewerda, 11. Okt. (Keine Gemeindesteuern) brauchen hier bezahlt zu werden. Infolge der hohen Einnahmen an Acker-, Wiesen- und Obstpachten ist es der Gemeinde möglich, keine Gemeindesteuern zu erheben.

Eisenach, 11. Okt. (Preissturz für Gänse) Während in den Kriegsjahren Gänse zum Preise unter 12—14 Mark das Pfund nicht zu haben waren, werden seit einigen Tagen in der Stadt größere Mengen Gänse wieder angeboten. Während für das Pfund noch anfänglich 10 Mark gefordert wurden sind laut „Eisenacher Tagespost" die Preise jetzt schon wegen des großen Angebotes auf 7,50 bis 7 Mark herabgesetzt worden. Dieser Preisrückgang ist besonders auch dadurch eingetreten, daß die Fleischversorgung im allgemeinen besser geworden ist, und nicht so großer Wert auf Gänsefleisch gelegt wird.

Halberstadt, 12. Okt. (Um 13 000 Mark bestohlen.) Auf der Fahrt von Wernigerode nach Halberstadt wurden einem von Schierke kommenden Herrn 13 Tausend-Markscheine gestohlen. Der Betreffende war in Heu ueber eingeschlafen und stellte hier den Verlust fest. Als Täter kommt ein Pärchen in Betracht, das mit dem Bestohlenen in einem Abteil saß.

Heiligenstadt, 11. Okt. **(Schwerer Raubüberfall.)** Sonntag nacht gegen 1½ Uhr wurden die Bewohner der Eckmühle in Kleinbartloff ganz plötzlich durch das Klirren der Fensterscheiben aus dem Schlafe geweckt. In demselben Momente wurde die Haustür eingeschlagen. Gleich danach standen drei mit Revolvern, Dolchen und Knüppeln bewaffnete, etwa 23—25jährige Männer, von denen einer maskiert war, vor den Betten der Eheleute Kesting und riefen: „Geld oder Leben!" Die Bitte, sich zuvor anziehen zu dürfen, wurde mit einem Revolverschusse, der glücklicherweise nicht traf, beantwortet. Außerdem erhielt Kesting noch Schläge. Als die junge Frau ihre in der oberen Etage schlafende

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119211015-10/fragment/page=0005

Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 70 Pfg. Reklamezeile 1.— Mk.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10. bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 7,00 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 7,75 Mk und durch den Briefträger Mk. Einzel-Nummer 25 Pfg.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 122 | Sonnabend, den 15. Oktober 1921. | 60. Jahrgang

Die letzte Woche.

Was Franzosen und Polen im Obersten Rat der Entente nicht erreichen konnten, das hat ihnen jetzt der „neutrale" Völkerbundsrat in den Schoß geworfen: Das oberschlesische Industriegebiet soll zerrissen, große Teile von ihm mit den fast rein deutschen Städten Kattowitz und Königshütte den Polen überantwortet und somit das ganze blühende Industriegebiet dem sicheren wirtschaftlichen Niedergang geweiht werden. Eine Teilung des Industriegebietes bedeutet dasselbe wie der Raub des ganzen Gebietes, es wird zerrissen und arbeits- und produktionsunfähig gemacht, es ist für Deutschland, für sich selbst und auch für Polen verloren.

*

Ein geringer Hoffnungsschimmer besteht noch: das letzte Wort hat der Oberste Rat zu sprechen. Aber ist von ihm mehr für uns zu erwarten als von dem „neutralen" Völkerbund? Die Reichsregierung hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, um England zu veranlassen, den Standpunkt, den es früher in der oberschlesischen Frage eingenommen hat, auch der Entscheidung des Völkerbundes gegenüber durchzusetzen. Aber bis jetzt hat man ihr in London die kalte Schulter gezeigt. . . .

*

Anfang dieser Woche wurde das Wiesbadener Abkommen zwischen Rathenau und Loucheur abgeschlossen. Deutschland hat gewisse Vorteile aus ihm, indem ein Teil unserer Zahlungen an Frankreich statt in Gold, das wir nicht haben, in Waren geliefert wird, ein Vorteil, dessen Wert noch stark angezweifelt wird und sich erst im Laufe der Jahre zeigen muß. In Frankreich zeigte man sich erfreut, man bekam statt des ziemlich sicheren Nichts wertvolle Sachwerte. Aber Italien und England fühlten sich vor den Kopf gestoßen. Mit unangenehmen Gefühlen sieht man jenseits des Kanals und jenseits der Alpen eine Zusammenarbeit der deutschen und französischen Industrie

Rücktrittsdrohung Wirths.

Eine Erklärung des Reichskanzlers.

Ueber das Ergebnis der letzten Kabinettssitzungen wird folgende amtliche Erklärung verbreitet:

Im Reichskabinett gab der Reichskanzler Dr. Wirth der allgemeinen Erregung darüber Ausdruck, daß der Völkerbundsrat in Genf, soweit sich aus unwidersprochenen Nachrichten entnehmen lasse, über das oberschlesische Gebiet in einer Weise verfügt hat, welche weder der durch die Abstimmung klar zutage getretenen Willenskundgebung der oberschlesischen Bevölkerung, noch den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes entspricht.

Treffen diese Nachrichten zu und fällt der Oberste Rat eine so geartete Entscheidung, so werden deutsche Städte mit allem, was in ihnen an Arbeitswerten und Kulturgütern von deutschem Fleiß und deutschem Geist geschaffen worden ist, vom Reiche getrennt und unter Fremdherrschaft gestellt. Diese Losreißung würde nicht nur von der Mehrheit der Bevölkerung Oberschlesiens, sondern auch vom gesamten deutschen Volk als Vergewaltigung und bitteres Unrecht empfunden werden. Nicht friedliche Entwicklung, sondern unablässige Beunruhigungen und Zwistigkeiten würden die Folge sein; dem deutschen Wirtschaftskörper würde eine unheilbare Wunde geschlagen werden.

Falls die Entscheidung so fällt, wie zu befürchten ist, so ist eine neue Lage geschaffen, welche die Voraussetzungen einschneidend beeinträchtigt, unter denen die gegenwärtige Regierung die Geschäfte des Reiches übernommen und geführt hat.

Eine abschließende Entscheidung wird das Kabinett erst dann treffen können, wenn der Spruch des Obersten Rates amtlich vorliegt.

Der Reichskanzler stellte dies als einmütige Auffassung des gesamten Kabinetts fest.

Damit ist ein Rücktritt des Kabinetts Wirth offiziell angekündigt für den Fall, daß sich die ungünstigen Nachrichten über den Entscheid des Völkerbundsrats durch die amtliche Mitteilung des Obersten Rates, die die Reichsregierung selbstverständlich abwarten muß, bestätigen.

Inoffiziell werden jetzt in Berlin weitere Verhandlungen mit den Parteien über den gesamten Fragenkomplex, der hierdurch aufgeworfen worden ist, gepflogen. Es ist möglich, daß dem sofort nach Bekanntwerden der offiziellen Entscheidung zusammenzuberufenden Reichstag der endgültige Beschluß über den Rücktritt der Regierung überlassen werden wird. Jedenfalls haben sich die Vertreter der Regierungsparteien und die Minister dafür erklärt, daß auch im Falle einer Demission der Reichskanzlerposten doch wieder Herrn Dr. Wirth übertragen werden soll.

*

Einberufung des Reichstags gefordert.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat in einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten diesen dringend ersucht, sofort den Reichstag zu einer Sitzung mit der Tagesordnung „Oberschlesien" einzuberufen. Es erscheine unumgänglich notwendig, daß die Vertretung des deutschen Volkes noch in letzter Stunde die bevorstehende Entscheidung über Oberschlesien zu beeinflussen sucht.

Ein Rechtfertigungsversuch.

Der Völkerbundsrat sucht seine Entscheidung zu „begründen".

Der Völkerbundsrat hat am Mittwoch in mehreren Sitzungen seine Ansicht endgültig festgelegt und diese Entscheidung noch am selben Abend Briand durch besonderen Boten zugehen lassen. Der Botschafterrat beschäftigte sich bereits dieser Tage mit dem Gutachten des Völkerbundsrates, es ist aber wahrscheinlich, daß zur endgültigen Beschlußfassung der Oberste Rat selbst zusammentreten wird. Nach englischen Blättern soll diese Zusammenkunft in 8 bis 10 Tagen in London selbst stattfinden.

Der Inhalt des Gutachtens wird immer noch streng geheim gehalten, es sind nur zwei Exemplare von ihm angefertigt worden, wovon einer Briand zugegangen ist und einer in Händen des Generalsekretärs Drummond bleibt. Der Oeffentlichkeit ist nur

ein Communique des Völkerbundsrats

zugegangen, in dem es heißt:

Die ersten Schwierigkeiten entstanden dadurch, daß die Einwohner, die für Deutschland, und diejenigen, die für Polen gestimmt hatten, sehr gemischt waren. Es war daher nicht möglich, eine Grenze festzusetzen, die nicht auf polnischem Gebiet eine gewisse Anzahl von Personen zurückließe, die für Deutschland gestimmt hatten und ebenfalls auf deutschem Gebiet einige, die für Polen gestimmt hatten. Alles was der Rat tun konnte, war, die Grenze so genau wie möglich, nach den Angaben der Abstimmung (?) zu ziehen. Es war nicht möglich, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch kleine Abweichungen der Abstimmungsgrenze zu beseitigen. Der Rat stellte fest, daß eine Linie, die das Industriegebiet nicht durchqueren würde, alle Hoffnungen und Wünsche der ausschlaggebenden Mehrheiten vernichten würde (!!!) . . .

Der Vierersausschuß des Rates kam zu der Schlußfolgerung, daß das Problem nicht durch die Festsetzung einer einfachen Grenzlinie gelöst werden könnte. Das Komitee der Vier beschloß unter Empfehlung einer neuen Grenzlinie zu raten, daß während einer für eine wirtschaftliche Anpassung genügenden Periode Garantien gegen die Abschaffung der gegenwärtig bestehenden wirtschaftlichen Bedingungen gegeben werden.

Das Projekt für das wirtschaftliche Regime, das die Kommission der Vier empfohlen hat, sieht vier Perioden von verschiedener Länge, die in einigen Fällen bis 15 Jahre reichen, eine Reihe von Uebereinkommen vor für eine gerechte und unparteiische (!) Regelung verschiedener Fragen, wie die Eisenbahn, die Wasserwerke, die Stromzuführung, sowie die Aushebung des Zolles für zahlreiche Produkte, darunter für Kohle und Vieh und die Beibehaltung der deutschen Markwährung im südlichen Teil Oberschlesiens.

Der Rat hat die Annahme des Projektes empfohlen, indem er Garantien für die politischen Minderheiten verlangt

Diese amtlichen Mitteilungen sind reichlich konfus, auf der einen Seite hält man es für unbedingt nötig, die politische Grenze mitten durch das Industriegebiet zu ziehen, auf der anderen Seite stellt man fest, daß das Gebiet wirtschaftlich untrennbar ist, und stellt die verwickeltsten und verwirrtesten, größtenteils rechtlich völlig unhaltbaren und praktisch unmöglichen Uebergangsbestimmungen auf, von denen nur eines klar ist, nämlich, daß sie aus dem Friedensvertrag in keiner Form hergeleitet werden können.

Gegen das Genfer Unrecht!

Einmütiges Vorgehen der Parteien.

In ganz Deutschland erhebt sich machtvoll der Sturm der gerechten Empörung gegen neues unerträgliches Unrecht, das dem bedrängten deutschen Volk zugedacht ist. Unzählige sind die Resolutionen, Proteste, Telegramme, die ins Ausland von allen Seiten hinausgehen, um an Recht und Gerechtigkeit zu appellieren. Am bemerkenswertesten dürfte die an den Völkerbund, Lloyd George und Briand gerichtete Protestnote des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, des Gewerkschaftsrings der deutschen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Deutschen Beamtenbundes sein, in der es heißt, daß die deutschen Arbeiter und Beamten aller Richtungen gegen die Teilung Oberschlesiens schärfsten Einspruch erheben. „Die Hauptorganisationen, die insgesamt 14 Millionen Mitglieder vertreten und mit Familienangehörigen rund 40 Millionen deutscher Staatsangehörigen umfassen, haben sich geschlossen hinter das Reparationsprogramm der Regierung Wirth gestellt. Gerechtigkeit sowie die Deutschland auferlegten und von ihm anerkannten Pflichten erheischen gebieterisch Belassung Oberschlesiens bei Deutschland."

Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier richteten an den Völkerbundsrat einen Funkspruch, in dem es u. a. heißt: „Es wäre ein Bruch des Versailler Friedensdiktates, wenn Oberschlesien nicht ganz und bald Deutschland zurückgegeben würde. Nie und nimmer werden wir uns durch politischen Schacher verkaufen lassen. Von Deutschland aber erwarten wir, daß es die Reparationspflicht nur dann erfüllt, wenn das deutsche Recht beachtet wird."

Die Wogen tiefster Empörung schlagen im deutschen Volk hoch auf. Ob ihr Brausen den Rechtsverdrehern in Genf endlich einmal das Gewissen zu wecken vermag?

Das deutsche Oberschlesien.

— Berlin, 13. Oktober 1921.

Eine Erklärung im Preußischen Landtag.

Indem sich sämtliche Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten von ihren Plätzen erheben, gibt Präsident Leinert zu Beginn der heutigen Sitzung im Namen der überwiegenden Mehrheit des Hauses folgende Erklärung ab:

Vom Sitze des Völkerbundes ist zu uns die erschütternde Nachricht gekommen, daß der Völkerbundsrat über das Schicksal Oberschlesiens Vorschläge unterbreiten wird, die eine Zerreißung des schwerleidenden Oberschlesien bedeuten. Eine solche Zerreißung würde den Grundsätzen, die in den Versailler Friedensverhandlungen festgelegt sind, vollkommen widersprechen. Danach sollte die Entscheidung der Frage, ob Oberschlesien beim Deutschen Reiche verbleiben oder Polen zufallen solle, denjenigen überlassen werden, die sie besonders angeht, nämlich der in Oberschlesien geborenen Bevölkerung. Diese hat mit großer Mehrheit dahin entschieden, daß ihr Land beim deutschen Volk verbleiben soll, mit dem sie mehr als 750 Jahre verbunden und dem allein sie den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg verdanken.

Polen kann keinerlei Rechtsansprüche geltend machen. Trotzdem soll ein erheblicher Teil des Industriegebietes Polen überwiesen werden, obgleich Industrie, Handel und Gewerbe allein durch Deutschland aufgebaut ist, wie es auch der in den Gewerkschaften vereinigten Arbeiterschaft den Aufschwung auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiet verdankt.

Die Sachverständigen im In- und Auslande haben sich für die Unteilbarkeit Oberschlesiens als unbedingte Voraussetzung des wirtschaftlichen Gedeihens dieses Landes ausgesprochen.

Die Zerreißung dieses Landes in einen deutschen und einen polnischen Teil würde daher ein Gewaltakt sein, der gegen den Willen der gesamten oberschlesischen Bevölkerung vorgenommen wird, und er vernichtet damit zugleich den Grundsatz der Selbstbestimmung des Volkes.

Der oberschlesischen Bevölkerung gegenüber bekundet der Landtag die untrennbare Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes mit ihr. Die oberschlesische Bevölkerung hat trotz der Gewaltherrschaft der Alliierten sich mit großem Mute

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119211015-10/fragment/page=0007